



CDU

Niedersachsen nach vorne bringen.

Kurzfassung des Regierungsprogramms
der CDU in Niedersachsen 2017 - 2022



Liebe Niedersachsen,

wir leben im schönsten Bundesland Deutschlands mit pulsierenden Städten und liebenswerten Dörfern. Vom Harz bis zur Nordseeküste und von der Heide bis ins Emsland prägen unser Land viel Natur und eine wunderschöne Kulturlandschaft. Vor allem haben wir tolle Menschen, mit denen wir, die CDU in Niedersachsen, gemeinsam unser Land nach vorne bringen wollen:

- Für eine bessere Bildung unserer Kinder
- Für mehr Sicherheit und Ordnung
- Für ein flächendeckendes Breitbandnetz und leistungsfähige Verkehrswege
- Für einen starken Wirtschaftsstandort
- Für eine zukunftsfähige Landwirtschaft
- Für eine qualitativ gute medizinische Versorgung
- Für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land
- Für eine gelungene Integration
- Für starke Kommunen

Die CDU in Niedersachsen tritt zur Landtagswahl am 15. Oktober 2017 mit einem ehrgeizigen Regierungsprogramm an. Wir wollen Niedersachsen wieder an die Spitze der Bundesländer zurückführen. Unser Motto lautet daher: „Einfach machen“.

In dieser Kurzfassung unseres Regierungsprogramms haben wir Ihnen die wichtigsten Punkte zusammengefasst. Wenn Sie sie etwas detaillierter nachlesen wollen, schauen Sie doch einfach in die Langfassung im Internet unter: <http://cdu-niedersachsen.de/regierungsprogramm/>.

Wir lieben unser Land. Wir wollen es mit der Innovationskraft unserer Forscher und Unternehmer, dem Lernwillen unserer Jugend, der Tatkraft unserer Arbeitnehmer, dem Einsatz unserer Ehrenamtlichen und im Bewusstsein unserer Traditionen nach vorne bringen. Dafür werde ich mein Bestes geben. Gemeinsam haben wir Großes vor!

Ihr



Dr. Bernd Althusmann
Landesvorsitzender und Spitzenkandidat
der CDU in Niedersachsen

1. Starker und handlungsfähiger Staat.....	5
<i>Für Sicherheit und Ordnung.....</i>	<i>5</i>
<i>Für eine unabhängige Justiz</i>	<i>7</i>
<i>Für schnelle und rechtssichere Asylverfahren</i>	<i>7</i>
<i>Für gesunde Finanzen.....</i>	<i>8</i>
<i>Für eine leistungsfähige Landesverwaltung</i>	<i>8</i>
2. Lebenslange Bildung	8
<i>Für Bildung von Geburt an</i>	<i>8</i>
<i>Für gute Schulen</i>	<i>9</i>
<i>Für gute Hochschulen.....</i>	<i>11</i>
3. Wirtschaft, Arbeit und Landwirtschaft.....	12
<i>Für einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort.....</i>	<i>12</i>
<i>Für schnelles Internet für alle.....</i>	<i>14</i>
<i>Für eine Digitalisierung mit sicheren Leitplanken</i>	<i>14</i>
<i>Für gute Verkehrswege.....</i>	<i>15</i>
<i>Für eine effiziente Energieversorgung.....</i>	<i>17</i>
<i>Für eine erfolgreiche Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft.....</i>	<i>17</i>
4. Lebenswertes Niedersachsen in Stadt und Land	19
<i>Für leistungsstarke Kommunen</i>	<i>19</i>
<i>Für stabile Sozial-, Gesundheits- und Pflegesysteme</i>	<i>21</i>
<i>Für bezahlbare Wohnungen und Wohneigentum.....</i>	<i>22</i>
<i>Für Klima-, Umwelt- und Naturschutz mit Augenmaß</i>	<i>22</i>
5. Was unser Land ausmacht	23
<i>Für ein Niedersachsen im Herzen Europas</i>	<i>23</i>
<i>Für ein starkes Ehrenamt.....</i>	<i>23</i>
<i>Für einen starken Sport und moderne Sportstätten</i>	<i>24</i>
<i>Für Jagd und Angelsport ohne ideologische Diffamierung.....</i>	<i>24</i>
<i>Für die Zusammenarbeit mit Kirchen und Religionsgemeinschaften</i>	<i>25</i>
<i>Für gelingende Integration</i>	<i>25</i>
<i>Für kulturelle Vielfalt</i>	<i>26</i>

1. Starker und handlungsfähiger Staat

Für Sicherheit und Ordnung

In Niedersachsen muss sich jeder zu jeder Zeit an jedem Ort sicher fühlen.

- Die Polizei ist Freund und Helfer. Wir vertrauen ihr. Daher werden wir die rot-grüne Beschwerdestelle im Innenministerium sofort abschaffen.
- Wir werden die Zahl der Polizisten um 3.000 erhöhen.
- Verwaltungsfachkräfte sollen die Beamtinnen und Beamten entlasten, damit sie sich auf das Wesentliche konzentrieren können: Verbrechen verhindern und aufklären.
- Wir werden die Präsenz der Polizei im ländlichen Raum verbessern und die Polizeistationen in der Fläche erhalten.
- Die Polizistinnen und Polizisten leisten hervorragende Arbeit. Als Anerkennung werden wir die monatliche Polizeizulage auf 200 Euro erhöhen, ruhegehaltstauglich machen und dynamisch anpassen. Zusätzlich werden wir den Zuschlag für Dienst zu ungünstigen Zeiten erhöhen und jährlich dynamisieren.
- Die Polizisten müssen optimal geschützt und bewaffnet sein. Wir werden daher in Abstimmung mit ihnen die notwendige Ausrüstung anschaffen.
- Die Polizei benötigt effektive Rechts- und Handlungsgrundlagen. Diese werden wir mit einem modernen Gesetz für öffentliche Sicherheit und Ordnung (SOG) schaffen.
- Für uns ist das Schutzgut der öffentlichen Ordnung im Polizei- und Ordnungsbehördenrecht unverzichtbar.
- Wir werden die intelligente Videoüberwachung ausbauen und dafür die datenschutzrechtlichen Voraussetzungen schaffen.
- Wir setzen uns für ein vollständiges Alkoholverbot und eine flächendeckende Videoüberwachung im öffentlichen Nahverkehr ein.
- Wir stehen für konsequentes ordnungsrechtliches Vorgehen gegen belästigende Trinkgelage sowie aggressives und organisiertes Betteln in Städten und Dörfern.
- Wir werden dafür sorgen, dass der Drogenhandel konsequent unterbunden wird und die Verantwortlichen bestraft werden.

Die Polizei braucht mehr qualifizierten Nachwuchs.

- Wir bauen den Beförderungsstau sowohl bei den Beamtinnen und Beamten als auch bei den Verwaltungsangestellten durch Stellenhebungsprogramme ab.
- Wir werden verstärkt Bewerberinnen und Bewerbern mit Realschulabschluss den Zugang in den Polizeidienst ermöglichen. Die zweigeteilte Laufbahn wird nicht angetastet.

Die Zahl der Wohnungseinbrüche in Niedersachsen ist auf Rekordniveau gestiegen.

- Die Schleierfahndung ist ein erfolgreiches und bewährtes Mittel, gerade im Kampf gegen grenzüberschreitende Einbruchs- und Schleuserkriminalität. Wir werden der Landespolizei diese verdachts- und ereignisunabhängigen Kontrollen wieder erlauben.
- Wir werden die Aufklärungsquote erhöhen, z. B. durch den Einsatz von Ermittlungsgruppen speziell geschulter Fachleute.
- Organisierte Einbrechergruppen kommen vor allem über die Autobahnen nach Niedersachsen. Daher werden wir die Kontrollen dort gezielt verschärfen. Dafür werden wir die notwendigen Einheiten schaffen und auch die Mautdaten nutzen.

Politische Fehlentscheidungen sowie die fehlende Vernetzung der Sicherheitsbehörden in Niedersachsen sind große Hindernisse im Kampf gegen den Islamismus und Extremismus.

- Wir wollen einen unmittelbaren und dauerhaften elektronischen Datenaustausch zwischen allen beteiligten Behörden und den Kommunen ermöglichen.
- Die vergangenen Terroranschläge haben gezeigt, dass die Unterstützung der Polizei durch die Bundeswehr für den Schutz der Bevölkerung wichtig und sinnvoll ist.
- Wir werden alle Instrumente und Rechtsgrundlagen konsequent nutzen, um gewaltbereite Islamisten besser überwachen zu können. Wo diese nicht ausreichen, werden wir in Abstimmung mit dem Bund neue schaffen.
- Wir werden die Bewegungsfreiheit von Gefährdern einschränken und dazu die sogenannte elektronische Fußfessel nutzen. Sofern nur so Terrorakte verhindert werden können, werden wir Gefährder mit deutscher Staatsbürgerschaft für die Dauer von bis zu 18 Monaten mit richterlicher Anordnung in Präventivhaft nehmen.
- Wer sich im Ausland für eine Terrormiliz hat ausbilden lassen und für sie gekämpft hat und neben der deutschen eine weitere Staatsangehörigkeit besitzt, muss die deutsche Staatsangehörigkeit automatisch verlieren.
- In Moscheevereinen darf es keine Hasspredigten oder Aufrufe zum Dschihad mehr geben. Wir werden ihre Finanzierung durch extremistische Organisationen unterbinden und die Annahme von Zuwendungen von verbotenen Organisationen als schwere Straftat einstufen.
- Islamismusprävention ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir werden dafür ein ressortübergreifendes Handlungskonzept der Radikalisierungsprävention entwickeln.
- Wir werden die ideologische Verengung auf den Rechtsextremismus beenden und Landesprogramme gegen jede Art von politischem und religiösem Extremismus auflegen.

Der Verfassungsschutz ist für unsere wehrhafte Demokratie eine unverzichtbare Säule im Kampf gegen den politischen und religiösen Extremismus und Terrorismus.

- Wir fordern eine abgestimmte Strategie zwischen den Landesämtern und dem Bundesamt für Verfassungsschutz.
- Wir werden das gemeinsame Informations- und Analysezentrum (GIAZ) von Verfassungsschutz und Landeskriminalamt in Niedersachsen zu einer Plattform der vernetzten Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutz in der Extremismus- und Terrorabwehr ausbauen.
- Wir werden das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz novellieren, es entbürokratisieren und effektiv ausgestalten.

Die Polizei muss auch im Internet Verbrechen aufklären und bekämpfen können.

- Wir werden ein Kompetenzzentrum zur Bekämpfung von Netz- oder Cyberkriminalität schaffen. Es koordiniert und unterstützt die Ermittlungsarbeit zentral mit hohem technischem Standard. Es kooperiert mit den Spezialisten in den Polizeiinspektionen.
- Für die Bekämpfung der Cyberkriminalität brauchen wir mehr Fachleute mit entsprechender Bezahlung.

Wir benötigen leistungsfähige Feuerwehren und einen effizienten Katastrophenschutz.

- Rettungskräfte müssen unverzüglich Hilfe leisten können. Jeder, der dies grob fahrlässig oder absichtlich behindert, z. B. durch Gaffen, muss empfindlich bestraft werden.
- Wir werden die Ausbildungskapazitäten bei der Niedersächsischen Akademie für Brand- und Katastrophenschutz (NABK) in Loy und Scheuen deutlich erhöhen.
- Der Besuch von Lehrgängen der Feuerwehr soll als Bildungsurlaub anerkannt werden.

Für eine unabhängige Justiz

Die Justiz ist Rückgrat unseres Rechtsstaates und der Garant für Rechtssicherheit und Rechtsfrieden. Sie schützt die Bürgerinnen und Bürger vor Willkür und Machtmissbrauch.

- Wir setzen uns mit einer Reform der Strafprozessordnung für schnellere Strafverfahren ein.
- Die Bestrafung von Kriminellen – auch von jugendlichen Intensivtätern – muss der Tat auf dem Fuße folgen. Mit dem Warnschussarrest sollen kriminelle Intensivtäterkarrieren verhindert werden.
- Damit Straftäter Bewährungsstrafen nicht als Freispruch empfinden, werden wir dafür sorgen, dass die Kriterien für eine Strafaussetzung strenger befolgt werden.
- Parallelstrukturen wie Scharia-Gerichte wird es mit uns nicht geben.
- Menschen, die Opfer einer Straftat wurden, dürfen sich nicht alleingelassen fühlen. Wir werden die Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Organisationen intensivieren und das Netz der bestehenden Opferhilfeeinrichtungen ausbauen.

Die Justiz kann ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie effizient und leistungsfähig ist.

- Wir stehen für eine bürgernahe Justiz. Den Rückzug aus der Fläche wird es mit uns nicht geben.
- Es fehlen in Niedersachsen rund 250 Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte. Wir werden diese Stellen in mehreren Stufen schaffen und besetzen.
- Durch die flächendeckende Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Akte werden wir eine effizientere und bürgerfreundlichere Justiz schaffen.
- Wir werden die Sicherheit in der niedersächsischen Justiz verbessern, auch durch Eingangsschleusen und mehr Wachpersonal.
- Die sichere Unterbringung von Strafgefangenen setzt neben einer angemessenen Personalausstattung des Justizvollzugsdienstes genug Haftplätze voraus.
- Wir werden die Zulage für die Bediensteten des Justizvollzugs mit der Zulage des Polizeivollzugs gleichstellen.
- Wer in den Gefängnissen Drogen nimmt oder verkauft, läuft in Zukunft Gefahr, nicht mehr vorzeitig aus der Haft entlassen zu werden.
- Zum Schutz der Bevölkerung werden wir alle Möglichkeiten der Sicherheitsverwahrung ausschöpfen und setzen dabei auch auf die elektronische Fußfessel.

Für schnelle und rechtssichere Asylverfahren

Die CDU bekennt sich zum Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte und zum Schutz von Kriegsflüchtlingen. Dies gebietet uns der Grundsatz der Humanität.

- Menschen, die keine Bleibeperspektive in Deutschland haben, müssen zügig in ihre Heimatländer zurückkehren. Das Asylrecht ist kein Einwanderungsrecht.
- Wir wollen, dass ein Asylantrag nur noch in Transitzentren an den deutschen Grenzen gestellt werden kann. In den Transitzentren werden Identität sowie etwaige Vorstrafen festgestellt und schnell die Erfolgsaussichten des Asylantrags geprüft.
- Wer seine Identität verschleiert und nicht konstruktiv an der Identitätsfeststellung mitwirkt, ist in Beugehaft zu nehmen.
- Wir werden ein zentrales System von spezialisierten Vertrauensärzten im Öffentlichen Dienst aufbauen, um die Reisefähigkeit von Flüchtlingen unabhängig beurteilen zu können.
- Wer Sozialbehörden betrügt oder schwere Straftaten begeht, verwirkt sein Schutzrecht.

- Wir fordern die konsequente Einhaltung des Dublin-Verfahrens durch alle EU-Staaten. Wir fordern zudem eine bessere europäische Zusammenarbeit bei Rückführungsabkommen und Passersatzdokumenten.

Für gesunde Finanzen

Schulden und Zinsen sind die Steuern von morgen. Solide Finanzpolitik ist die Voraussetzung für Investitionen in die Zukunft.

- Damit das ab 2020 geltende Neuverschuldungsverbot für die Länder nicht ausgehöhlt werden kann, wollen wir es in der Niedersächsischen Verfassung verankern.
- Die Schuldenbremse und der Abbau von Schulden des Landes dürfen nicht zu Lasten der Kommunen geschehen. Das muss in der Verfassung geregelt werden.

Wir brauchen ein Steuerrecht, das gerecht sowie transparent ist und Leistungsanreize schafft.

- Leistung muss sich lohnen. Daher lehnen wir Steuererhöhungen strikt ab.
- Steuern und Sozialabgaben sind so zu bemessen, dass der größtmögliche Anteil des Einkommens beim Bürger und der Bürgerin verbleibt.
- Wir wollen die sogenannte kalte Progression abbauen. Sie führt dazu, dass heute bereits mittlere Einkommen so besteuert werden wie früher Großverdiener.
- Wir wollen den Solidaritätszuschlag in Stufen reduzieren und bis 2025 abschaffen. Fast 30 Jahre nach der Wiedervereinigung ist diese Sonderbelastung nicht mehr zeitgemäß.
- Wir wollen den sogenannten transparenten Steuerbescheid. Jeder Steuerpflichtige soll auf einen Blick erkennen können, wohin seine Steuern gehen.

Für eine leistungsfähige Landesverwaltung

Ein leistungsfähiger Staat braucht eine effektive und effiziente Verwaltung mit einem motivierten, bürgerfreundlichen und gut ausgebildeten öffentlichen Dienst.

- Die Beamtinnen und Beamten sowie die weiteren Beschäftigten des öffentlichen Dienstes leisten viel. Ihre Arbeit muss anerkannt werden und attraktiv bleiben. Sie haben Anspruch auf eine leistungsgerechte Besoldung und Vergütung, ein modernes Arbeitsumfeld, flexible Arbeitszeiten, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, leistungsgerechte Aufstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten sowie eine angemessene Altersversorgung.
- Wir werden eine zukunftsorientierte Personalstrategie für Ministerien und Behörden erarbeiten, um den Beamtinnen und Beamten sowie den Tarifbeschäftigten Zukunftschancen aufzuzeigen.
- Viele niedersächsische Beamtinnen und Beamten leisten Dienst zu ungünstigen Zeiten. Als Wertschätzung dieses Einsatzes werden wir den Zuschlag erhöhen.
- Wir werden eine Beamtenversorgungskasse für neu eingestellte niedersächsische Landesbeamte errichten. Für diese kapitalgedeckte Altersvorsorge werden wir ab dem Jahr 2018 aufwachsend Rücklagen bilden.
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes werden immer wieder bedroht. Daher werden wir ein Sicherheitskonzept für die Landesverwaltung erarbeiten.

2. Lebenslange Bildung

Für Bildung von Geburt an

Kindertagesstätten und Krippen sind wichtiger Teil der ersten Phase des Bildungsprozesses und können das Elternhaus ergänzen.

- Wir werden die Elternbeiträge in Kindergärten in Niedersachsen zum Kita-Jahr 2018/2019 abschaffen. Wir garantieren einen fairen Ausgleich mit den kommunalen Trägern.

- Mit den kommunalen Spitzenverbänden werden wir einen „Kita-Pakt 2022“ schließen, der hohe pädagogische Standards sichert und gleichzeitig die Kosten fair verteilt.
- Wir wollen den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz flächendeckend umsetzen.
- Wir werden das Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (KiTaG) überarbeiten. Ziele sind dabei u. a. die Verbesserung der Betreuungsschlüssel, die Erhöhung der Verfügungszeiten sowie verbesserte Qualitätsstandards.
- Wir wollen die Kinderbetreuung auch in den Ferienzeiten flächendeckend sicherstellen. Das Land wird hierzu ein Förderprogramm auflegen.
- Wir werden die duale Erzieherausbildung einführen.
- Sozialassistentinnen und Sozialassistenten leisten einen wichtigen Beitrag in der frühkindlichen Bildung. Daher halten wir sie für unverzichtbar.

Für gute Schulen

Wir führen keine Debatten mehr über Schulstrukturen. Wir wollen Ruhe an den Schulen. Wir müssen aber die Qualität von Schule und von Bildung verbessern. Unser Leitgedanke ist: Keine Schule wird bevorzugt, keine Schule wird benachteiligt, alle Schulen werden gleichbehandelt.

Die Unterrichtsversorgung muss in ganz Niedersachsen flächendeckend gesichert sein. Das gilt sowohl für allgemeinbildende als auch für berufsbildende Schulen.

- Wir geben den Schülerinnen und Schülern eine Unterrichtsgarantie. Dabei muss der Pflichtunterricht nach Stundentafel im Mittelpunkt stehen. Wir werden dafür nicht die Unterrichtsverpflichtung erhöhen. Lehrkräfte mit besonderen Aufgaben und Funktionen erhalten als erforderlichen Zeitausgleich weiterhin Entlastungsstunden. Wir werden sie zusätzlich von unterrichtsfremden, insbesondere nicht-pädagogischen Aufgaben entlasten. Dafür stellen wir zusätzliche Verwaltungsmitarbeiter, pädagogische Mitarbeiter, Schulsozialarbeiter und anderes hierfür qualifiziertes Personal zur Verfügung.
- Gemeinsam mit den Bildungsverbänden wollen wir ein Unterrichtssicherungspaket schnüren, um mehr Unterricht für unsere Schüler zu garantieren.
- Alle Schulen in Niedersachsen sollen ihren Schülerinnen und Schülern bis 2022 ein umfassendes Ganztagsangebot unterbreiten. Die Teilnahme daran soll freiwillig bleiben.
- Wir werden in Abstimmung mit den Bildungsverbänden und Gewerkschaften die Lehrerarbeitszeit erheben, um Klarheit über die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden unserer Lehrkräfte zu erhalten. Die bereits vorhandenen Studien und Erhebungen bilden hierfür eine wichtige Grundlage und sollen berücksichtigt werden.
- Wir werden an allen Schulen die schulische Sozialarbeit in Landesverantwortung ausbauen.
- Eine Entlastung von Lehrkräften über 55 Jahren wird zum Schuljahr 2018/19 erfolgen.
- Wir werden die Studienkapazitäten für Lehrer und Sonderpädagogen entsprechend dem wachsenden Bedarf ausweiten.

Die CDU bekennt sich zur Umsetzung der Inklusion an allen Schulen. Entscheidend ist für uns dabei das Wohl der Kinder mit und ohne Behinderung gleichermaßen.

- Wir werden mit Experten und den Beteiligten beraten und entscheiden, wie wir mit den vorhandenen Ressourcen umgehen und wie das sich immer stärker abzeichnende Fehlen von Förderschullehrkräften an unseren Schulen gelöst werden kann.
- Mit uns wird es weiterhin Förderschulen für alle Formen ohne Einschränkungen geben. Eine CDU-geführte Landesregierung wird die Auflösung der Förderschulen, insbesondere im Sekundarbereich I des Schwerpunktes Lernen, umgehend, spätestens aber zum neuen Schuljahr 2018/2019 beenden. Die Förderschulen Sprache werden als eigene Förderschulform wieder in das Niedersächsische Schulgesetz aufgenommen.

- Wir wollen Förderzentren zu Förderschulzentren weiterentwickeln, um ein gut erreichbares Regionalnetz von bis zu 150 Förderschulzentren im Land aufzubauen. Sie vereinigen alle Förderschwerpunkte unter einem Dach und bieten allen Schülerinnen und Schülern, unabhängig vom Förderschwerpunkt, einen geschützten Raum und sorgen als multiprofessionelles Zentrum für guten Förderschulunterricht und für hochwertige Unterstützung in allen Schulen.
- Wir werden die Fortbildungsangebote zur Inklusion für Lehrkräfte weiter ausbauen.

Guter Unterricht gelingt nur mit gut ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern. Sie verdienen unsere volle Unterstützung und Wertschätzung bei der Ausübung ihres Berufs.

- Wir geben jedem Lehramtsstudierenden, der in Niedersachsen erfolgreich sein Studium absolviert, eine Einstellungsgarantie.
- Der Lehrerberuf und die Anforderungen an ihn sind sehr unterschiedlich. Deshalb brauchen wir eine schulformspezifische Lehrerausbildung und keine Einheitslehrerausbildung.
- Wir werden die Attraktivität des Lehrerberufs steigern, um mehr junge, motivierte Lehrkräfte für allgemein- und berufsbildende Schulen zu gewinnen.
- Wir werden eine Fachlehrerprämie einführen, um Abiturientinnen und Abiturienten für ein lehramtsbezogenes Studium in WiMINT-Fächern zu gewinnen.

Viele niedersächsische Grundschulen leiden unter zu großen Klassen, Lehrermangel oder unbesetzten Rektorenstellen.

- Mit einem „Zukunftsvertrag Grundschule“ werden wir die Kommunen beim Erhalt wohnortnaher Grundschulen unterstützen. Gerade für Grundschülerinnen und Grundschüler muss das Prinzip „Kurze Wege für kurze Beine“ weiter gelten.
- Wir werden den Einschulungszeitpunkt flexibilisieren. Die Entscheidung darüber liegt grundsätzlich bei den Eltern.
- Wir werden in allen Grundschulen wieder Noten ab dem 3. Schuljahrgang einführen.
- Wir werden den Eltern für ihr Kind am Ende der Grundschulzeit eine Schullaufbahnpflichtempfehlung sowie zusätzliche Informationen mit auf den Weg geben.
- Alle Kinder müssen am Ende der Grundschulzeit die Grundfähigkeiten wie Lesen, Rechtschreibung und Rechnen beherrschen.
- Die Methode „Schreiben nach Gehör“ und die vereinfachte Ausgangsschrift lehnen wir ab.
- Eine Grundschulleitung ist mindestens in der Besoldung A 13 eingruppiert. Die Stellenbesoldung für Leitung in Schulverbänden werden wir auf A 14 anheben.

Wir wollen hohe Leistungsstandards an unseren Schulen.

- Die pädagogische Option des Wiederholens einer Klassenstufe ist sinnvoll. Die bestehenden Regelungen werden nicht weiter aufgeweicht.
- Die Schulinspektion in Niedersachsen wird sich künftig auf die Unterstützung und die Verwirklichung von Qualitätsstandards an Schulen konzentrieren.
- Wir wollen die Qualitätskontrollen für die Aufgabenerstellung beim niedersächsischen Zentralabitur und bei allen anderen zentralen Prüfungen verbessern.
- Wir werden ein Programm für Schülerstipendien auflegen, das gezielt begabte Kinder und Jugendliche auf ihrem Bildungsweg unterstützt. Das Stipendium richtet sich an Kinder und Jugendliche aus Familien mit kleinen Einkommen. Diese wollen wir mit einem jährlichen Bildungsgeld von 2.400 Euro (200 Euro pro Monat) unterstützen.

Die allgemeine und die berufliche Bildung sind gleichwertig.

- Wie an den allgemeinbildenden muss auch an den berufsbildenden Schulen die Unterrichtsversorgung flächendeckend deutlich verbessert werden.

- Die Stellenstreichungen an berufsbildenden Schulen werden als Voraussetzung für ihre Qualitätsentwicklung ab dem Schuljahr 2018/2019 umgehend zurückgenommen.
- Wir werden die wohn- und betriebsnahe Ausbildung und berufliche Beschulung sicherstellen. Dabei setzen wir auch auf zukunftsfähige digitale Unterrichtsmodelle.
- Die berufsbildenden Schulen (BBS) sollen künftig stärker Teil des regionalen Wirtschaftsstandortes werden. Das bedeutet die Wiederbelebung des ursprünglichen Gedankens aus dem Schulversuch „Projekt Berufsbildende Schulen als Regionale Kompetenzzentren“ (ProReKo).
- Wir werden die duale Ausbildung gemeinsam mit den Kammern weiterentwickeln, um die Qualität der beruflichen Ausbildung auf hohem Niveau zu sichern.

Digitale Bildung bereitet die Schülerinnen und Schüler auf die Zukunft vor.

- Mit einer Informatikoffensive werden wir stufenweise ab 2020 an allen Schulformen ab dem 5. Schuljahrgang Informatikunterricht als Pflichtfach einführen. Grundschulen können sich beteiligen.
- Mit einer „Log-In-Offensive“ werden wir erreichen, dass Schülerinnen und Schüler ab Klasse 4 im Unterricht mit Laptop oder Tablet arbeiten können.
- Mit einer Fortbildungsoffensive sollen innerhalb von fünf Jahren alle Lehrkräfte mit digitalen Medien unterrichten können.
- Das Land und die Schulträger werden gemeinsam die notwendige Infrastruktur für einen Gigabit-Anschluss und ein verlässliches WLAN-Netz an allen Schulen schaffen.

Für gute Hochschulen

Die Hochschulen sind die Kerninstitutionen des Wissenschaftssystems in Niedersachsen. Die Grundlagen- und die angewandte Forschung sichern die Zukunft unseres Landes.

- Unser Ziel ist, dass sich die Universitäten stärker auf die forschungsorientierte Lehre konzentrieren. Die Fachhochschulen haben ein anwendungs- und forschungsorientiertes Lehrprofil.
- Wir sichern die Landesanteile für die Exzellenzstrategie des Bundes, den Pakt für Innovation und Forschung und die Folgefinanzierung für den Nachwuchspakt.
- Big Data ist für alle Hochschulen und für den Wirtschaftsstandort Niedersachsen von herausragender Bedeutung. Das bisherige Studienangebot ist unzureichend. Wir werden das ändern und mit den Hochschulen neue IT-Studiengänge einführen.

Niedersachsens Hochschulen haben einen hohen Investitions- und Sanierungsbedarf.

- Wir werden die Mittel für den Hochschulbau verdoppeln.
- Wir werden eine stabile Grundfinanzierung der Hochschulen gewährleisten und dabei die Entwicklung der Studentenzahlen angemessen berücksichtigen.
- Wir werden in der kommenden Legislaturperiode den Campus der European Medical School (EMS) realisieren.

Hochschulen bilden hochqualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchs aus.

- Wir werden mit den Universitäten den Ausbau von Stellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs vereinbaren. In diesem Zusammenhang werden wir uns auch für mehr unbefristete Stellen im akademischen Mittelbau einsetzen.
- Wir werden Promotionen an Universitäten und Fachhochschulen erleichtern.

Die Studierenden brauchen gute Rahmenbedingungen.

- Wir werden die Studienbedingungen verbessern und schließen die Wiedereinführung von Studienbeiträgen kategorisch aus.

- Wir werden die vom Bund dem Land zugewiesenen Bafög-Mittel den Hochschulen zuweisen, um die Betreuungsrelation zu verbessern.
- Wir werden mit den Hochschulen die Regelstudienzeiten evaluieren und ggf. anpassen.
- Wir werden die Schaffung von Wohnraum in den Hochschulstädten gezielt fördern und die Studentenwerke entsprechend unterstützen.
- Wir werden die Anrechenbarkeit von im Beruf erworbenen Fähigkeiten für das Hochschulstudium ausweiten.
- Wir befürworten die Durchlässigkeit von der beruflichen Bildung zur Hochschulbildung. Berufsakademien und duale Studiengänge sind eine wichtige Bereicherung.
- Wir werden das duale Studium weiter fördern und verstärkt wissenschaftsbezogene und praxisorientierte Inhalte miteinander kombinieren.

Jede Hochschule in Niedersachsen soll auch digitale Hochschule werden.

- Langfristig sollen vermehrt Studiengänge an den Hochschulen online studierbar sein.
- Wir werden einen digitalen Forschungscampus Niedersachsen schaffen. Dieser soll mit 20 Digitalisierungsprofessuren ausgestattet werden und bei der Entwicklung digitaler Strategien in Forschung und Lehre interdisziplinär und anwendungsnah forschen.

3. Wirtschaft, Arbeit und Landwirtschaft

Für einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort

Niedersachsen verfügt über eine große Bandbreite an wettbewerbsfähigen Unternehmen. Die Politik muss dauerhaft verlässliche Rahmenbedingungen setzen, damit wir Wachstum und Wohlstand in unserem Land sichern können. Dazu gehören mehr Investitionen und weniger Bürokratie, schnellere Planungsverfahren und eine funktionierende Infrastruktur.

Unnötige Bürokratie kostet Geld und Zeit und behindert die Wirtschaft.

- Wir werden einen Bürokratie-TÜV einsetzen. Dieser wird alle neuen Gesetze auf ihre Bürokratiekosten überprüfen und Vorschläge zur Entbürokratisierung sowie zur Reduzierung von Melde- und Dokumentationspflichten erarbeiten.
- Unternehmen mit weniger als zehn Mitarbeitern sollen für mindestens sechs Jahre von statistischen Meldepflichten entlastet werden, wenn sie drei Jahre lang Meldungen abgegeben haben.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass europäische Regeln nur noch eins zu eins in nationales Recht umgesetzt und nicht auf nationaler Ebene mit erhöhten Anforderungen versehen werden.
- Europäische Regelungen, die große genauso wie kleine und mittlere Unternehmen umfassen, müssen dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz gerecht werden.
- Wir werden das Tariftreue- sowie das Vergabegesetz vereinfachen und von sachfremden Bestimmungen befreien.
- Unter Beachtung des Datenschutzes muss ein Datenaustausch innerhalb von Verwaltung und Behörden möglich sein. Ferner werden wir Unternehmen durch die Abgabe von Daten und Meldungen an nur einem Termin entlasten.
- Wir wollen die Frist zur Aufbewahrung von Buchungsbelegen von zehn auf sechs Jahre reduzieren.
- Wir lehnen das Hygienebarometer bzw. eine Hygieneampel ab.

Wir haben einen starken Mittelstand mit wettbewerbsfähigen Unternehmen. Das muss so bleiben.

- Jedes Unternehmen in Niedersachsen wird bis 2022 einen gigabitfähigen Glasfaseranschluss bekommen.
- Der Mittelstandsbeauftragte der Landesregierung wird mit den Kammern ein Handlungskonzept zur Stärkung von Mittelstand und Handwerk erarbeiten.
- Wir verteidigen den Meisterbrief, die duale Ausbildung und werden die Zulassungspflicht in den Handwerksberufen erhalten.
- Wir werden eine Meisteroffensive starten. Dazu gehören die Übernahme aller Kosten der Meisterausbildung sowie eine Meisterprämie von 7.500 Euro für die Betriebsgründung.
- Wir werden das System der Rundfunkbeiträge evaluieren. Kleinere Unternehmen dürfen nicht stärker als größere belastet werden.
- Bei der Landesraumordnung werden wir darauf achten, dass Unternehmen in ihren Entwicklungsmöglichkeiten nicht beeinträchtigt werden.
- Wir werden Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsförderung bei den mittelständischen Unternehmen steuerlich fördern.
- Niedersachsen braucht ein einfaches, verlässliches und rechtssicheres Ladenöffnungszeitengesetz.

Niedersachsen muss Industrieland bleiben.

- Wir werden ein eigenes Industrieförderprogramm „Industrie mit Zukunft“ schaffen.
- Wir werden uns für ein Planungsbeschleunigungsgesetz einsetzen, damit Infrastrukturprojekte schneller umgesetzt werden. Unnötige Mehrfachprüfungen müssen abgebaut und der Rechtsweg auf eine Instanz verkürzt werden.
- Wir werden das Verbandsklagerecht nicht unmittelbar beteiligter Verbände aussetzen und bestehende Verkürzungsmöglichkeiten in Planfeststellungs- und Genehmigungsverfahren konsequenter anwenden.
- Wir werden uns für den Erhalt und die Neuansiedlung von Standorten von Großunternehmen in Niedersachsen einsetzen.
- Die Energiewende darf nicht zu Lasten der Industrie umgesetzt werden. Die Unternehmen benötigen eine verlässliche Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen.
- Eigene Initiativen unseres Landes beim Klimaschutz müssen sich am Grundsatz der Wirtschaftlichkeit orientieren.

Wir möchten, dass wieder mehr Menschen ein eigenes Unternehmen gründen.

- Wir werden die Investitions- und Förderbank Niedersachsen (NBank) zu einer Förderplattform ausbauen, die Beratung und Finanzierung aus einer Hand bietet.
- Mit einem Wagniskapitalfonds werden wir Start-ups in der Wachstumsphase unterstützen.
- Wir werden das Innovationszentrum Niedersachsen regional verankern, um den ländlichen Raum stärker zu berücksichtigen.
- Wir unterstützen die Zusammenarbeit der Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen mit den Unternehmen.

Die Verfügbarkeit hochqualifizierter Fachkräfte gehört zu den wichtigsten Standortfaktoren.

- Für die Sicherung des Fachkräftebedarfs setzen wir auf gute Schulbildung, die duale Ausbildung, auf qualifizierte Ausbildung junger Leute, lebenslanges Lernen und die betriebliche Ausbildung. Hinzu kommen eine steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen sowie älterer Arbeitnehmer, die Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen sowie eine qualifizierte und eine gesetzlich gesteuerte Zuwanderung.

- Frauen müssen mehr Führungspositionen in allen Bereichen einnehmen.
- Wir werden die Unternehmen darin unterstützen, flexible und gleichzeitig verlässliche Arbeitszeitregelungen und -modelle einzuführen.
- Wir werden im Ausland erworbene Studien- und Berufsabschlüsse leichter anerkennen.

Sozialversicherte Beschäftigung ist unser vorrangiges Ziel.

- Die Bezahlung von Leiharbeitskräften sollte nach neun Monaten der Beschäftigung dem Niveau der Stammbeschäftigten entsprechen.
- Unangemessene Boni und Grundgehälter von Vorständen bzw. überhöhte Aufwandsentschädigungen unterminieren das Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft. Wir wollen, dass ihre Höhe künftig durch die Aktionärsversammlung gebilligt werden muss.
- Die Höhe des gesetzlichen Mindestlohns wird von Tarifpartnern bestimmt und muss so unbürokratisch wie möglich ausgestaltet sein.
- Überall dort, wo die Kommunen die Verantwortung zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit haben, gibt es die größten Erfolge. Dieses Optionsmodell wollen wir für alle interessierten Kommunen öffnen.

Wir stehen zu dem von der CDU maßgeblich geschaffenen VW-Gesetz.

- Wir stehen zur Landesbeteiligung an VW. Und wir stehen zu allen Standorten in unserem Bundesland. Die Arbeitsplätze bei Volkswagen und bei den Zulieferern müssen dauerhaft gesichert werden. Das gilt auch für das Knowhow des Autobauers.
- Wir garantieren den Erhalt des von der CDU-geschaffenen VW-Gesetzes, für das wir immer erfolgreich gekämpft haben.
- Wir werden das Beteiligungsmanagement bei VW professionalisieren. Einer der beiden Sitze des Landes im Aufsichtsrat soll durch einen Experten besetzt werden.
- Wir wollen erreichen, dass für Vorstand und Aufsichtsrat des Volkswagenkonzerns und der Konzerntöchter geltende strenge Compliance-Richtlinien konsequent durchgesetzt werden.

Für schnelles Internet für alle

Die Breitbandinfrastruktur ist zu einem wichtigen Faktor für Wirtschaft und Arbeitsplätze geworden. Das schnelle Internet gehört zur Daseinsvorsorge.

- Alle Digitalisierungsaktivitäten des Landes sollen von einem Sonderstaatssekretär koordiniert werden. Er wird einen „Masterplan Digitalisierung“ erarbeiten.
- Für den Breitbandausbau mit Glasfaser werden wir in der kommenden Wahlperiode 1 Mrd. Euro Landesmittel zur Ergänzung des Bundesförderprogramms bereitstellen.
- Wir werden kostenloses WLAN in allen landeseigenen Gebäuden mit Publikumsverkehr bis 2022 bereitstellen. Die Kommunen werden wir bei Ausbau dieses Angebots unterstützen.
- Unser Ziel ist der flächendeckende Ausbau des 5G-Standards ergänzend zu den Anstrengungen des Bundes. Er ist zwingende Voraussetzung für den vernetzten bzw. autonomen Verkehr sowie für moderne Kommunikation.

Für eine Digitalisierung mit sicheren Leitplanken

Das Internet darf kein rechtsfreier Raum sein.

- Wir wollen, dass sich Menschen in der virtuellen Welt genauso gegen Verleumdung wehren können wie in der realen Welt.
- Die Verwendung von Fake News und Hate Speech in den elektronischen sozialen Medien muss strafrechtlich sanktioniert werden.

- Es müssen praktikable Lösungen gefunden werden, um den Menschen ein „Recht auf Vergessen-Werden“ zu geben und das Recht auf Gegendarstellung, eine Kennzeichnungspflicht von Social Bots oder erweiterte Haftung bei sogenannten Fake News zu etablieren.
- Es ist die Pflicht der Plattformen, den Wahrheitsgehalt von Tweets oder Posts in einem transparenten Verfahren zu überprüfen.

Kinder und Jugendliche müssen früh Medienkompetenz entwickeln, um sich in der digitalen Welt zurechtzufinden. Sie müssen für Urheberrecht, Datenschutz und IT-Sicherheit sensibilisiert werden.

- Die Medienerziehung im Elternhaus und die Medienbildung in Kindergärten und Schulen müssen Hand in Hand gehen.
- Bei der Vermittlung von Medienkompetenz setzen wir auf elektronische digitale und gedruckte Medien gleichermaßen.
- Lehrkräfte müssen die digitalen Lebenswelten ihrer Schüler verstehen und die Lebensrealität des 21. Jahrhunderts in den Schulen abbilden können.

Für gute Verkehrswege

Niedersachsen ist Mobilitätsland. Die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes hängt auch von einer gut ausgebauten Verkehrsinfrastruktur ab.

- Wir lehnen jegliche Gängelung ab wie z. B. Fahrverbote, übertriebene Verkehrsberuhigung oder die einseitige Bevorzugung bestimmter Verkehrsmittel und Antriebstechnologien. Die blaue Plakette findet ebenso wenig unsere Zustimmung.
- Wir werden die Planung, den Bau und den Ausbau der Autobahnen in Niedersachsen vorantreiben. Dazu gehören unter anderem die A 20, die A 26, die A 33, die A 39 und die E 233. Alle Regionen des Landes sollen enger an das Netz der Bundesfernstraßen angebunden werden.
- Wir werden eine sogenannte Planungsreserve schaffen, um kurzfristig Straßenbauprojekte realisieren zu können.
- Wir wollen, dass Straßenbauvorhaben und Brückensanierungen unbürokratischer und weniger zeitaufwändig werden. Die Behörden sollen Entscheidungsspielräume bei der planungsrechtlichen Absicherung besser nutzen.
- Um den Verkehr zu entlasten und Staus zu vermeiden, werden wir ein intelligentes Baustellenmanagement einführen.
- Um die Zahl schwerer LKW-Unfälle zu verringern, werden wir uns dafür einsetzen, dass Notbrems- und Spurhaltesysteme in LKW von den Fahrern nicht mehr abgeschaltet werden können und alle LKW über Notbremsysteme verfügen.
- Im Jahr 2022 müssen die niedersächsischen Landesstraßen wieder in Topzustand sein. Daher werden wir die Mittel von jetzt 85 Mio. Euro auf 110 Mio. Euro jährlich aufstocken. Zusätzlich werden wir mit einem Sonderprogramm den Sanierungsstau auflösen.
- Die Kommunen sind beim kommunalen Straßenbau auf die Unterstützung durch das Land angewiesen. Wir werden daher die Mittel für den kommunalen Straßenbau deutlich aufstocken und ein Sonderprogramm für den kommunalen Straßenbau auflegen.
- Der Verkehrsflughafen Hannover-Langenhagen hat eine wichtige Funktion im norddeutschen Luftverkehrskonzept. Wir werden seinen 24-Stunden-Betrieb sichern und dafür Sorge tragen, dass weiterhin planmäßige Nachtflüge stattfinden. Im Gegenzug werden wir den notwendigen Lärmschutz intensivieren.
- Wir unterstützen die Entwicklung des Forschungsflughafens in Braunschweig zu einem führenden Kompetenzzentrum für Mobilitätsfragen der Luftfahrt.

- Wir werden uns für den Erhalt und den Ausbau, aber auch für den Betrieb der niedersächsischen Seehäfen intensiv einsetzen. Eine besondere Herausforderung dabei ist die Digitalisierung.
- Mit dem JadeWeserPort verfügt Niedersachsen über den einzigen Tiefseewasserhafen in Deutschland. Wir werden den zweiten Kajanabschnitt in Betrieb nehmen und die Planungen für die erste Ausbaustufe in der nächsten Legislaturperiode beginnen.

Der Schienenpersonennahverkehr (SPNV) und der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) stellen gemeinsam die kraftfahrzeugunabhängige Mobilität in Niedersachsen sicher.

- Ziel muss es sein, die Qualität des ÖPNV (Taktung, Streckennetz, Anzahl der Haltepunkte etc.) in den Kommunen und insbesondere im ländlichen Raum zu steigern.
- Wir wollen notwendige Stationen und Strecken des Schienennahverkehrs reaktivieren.
- Wir werden sicherstellen, dass die wegfallenden Entflechtungsmittel des Bundes durch Landesmittel ersetzt werden, dem ÖPNV in vollem Umfang zur Verfügung stehen und angemessen dynamisiert werden.
- Das Niedersachsenticket bzw. der Niedersachsentarif ist ein Erfolgsmodell. Zukünftig sollen daher auch die Bereiche, in denen bisher lediglich eine Anschlussmobilität über die Verkehrsverbünde gegeben ist, eingeschlossen sein.
- Wir werden ein „Schülerticket Niedersachsen“ einführen. Es soll jungen Menschen niedersachsenweit die Nutzung von Bussen, S-Bahnen, Straßenbahnen, U-Bahnen und Regionalzügen auf dem Weg zur Schule, aber auch im Freizeitverkehr, ermöglichen. Der Eigenanteil beträgt einen Euro pro Tag. Alle, die ihr Schülerticket bislang voll erstattet bekommen, zahlen auch weiterhin nichts. Das Land wird die Mindereinnahmen der Verkehrsunternehmen erstatten.

Niedersachsen ist Fahrradland.

- Wir werden die Lücken im Radwegenetz entlang der Landes- und Bundesstraßen schließen und Radschnellwege ausbauen.
- Wir werden den Erhalt, die Sanierung und den Neubau von Radwegen mit zusätzlich 5 Mio. Euro fördern.

Große Infrastrukturvorhaben gelingen besser gemeinsam mit den Menschen.

- Wir sprechen uns für Offenheit in allen Verfahrens- und Planungsschritten sowie eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit im Genehmigungsprozess aus.
- Wir werden die Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung transparenter gestalten. Statt einer Holschuld der Anwohner führen wir eine Bringschuld der Planer ein.

Wir setzen auf technologieoffene Lösungen und klimafreundliche Mobilität.

- Wir werden Pilotvorhaben zum assistierten und autonomen Fahren unterstützen.
- Statt mit Diesel-Verboten und Tempo-30-Zonen zu arbeiten, werden wir den Straßenverkehr mit intelligenter Verkehrsführung flüssiger gestalten und lenken.
- Bei der Elektromobilität setzen wir nicht auf individuelle Anreize, sondern auf den Ausbau einer landesweiten Infrastruktur von Ladestationen und ein einheitliches Zahlungssystem.
- Wir wollen die Entwicklung alternativer und umweltfreundlicher Antriebssysteme vorantreiben und die Batteriezellenfertigung in Niedersachsen etablieren.
- Zehn Prozent aller vom Land beschafften Fahrzeuge sollen mit einem alternativen Antrieb ausgerüstet sein.

Für eine effiziente Energieversorgung

Niedersachsen ist das Land der Erneuerbaren Energien. Darüber hinaus verfügt es über konventionelle Energievorräte und mit der Förderungstechnik, den Netzen und den Speichern für Erdgas und Erdöl über eine gut ausgebaute Infrastruktur.

- Für alle Energieversorger muss Investitions- und Planungssicherheit gelten.
- Alle Energieverbraucher werden wir vor übermäßigen finanziellen Belastungen schützen.
- Jede Kilowattstunde, die nicht verbraucht wird, senkt den Bedarf und die Kosten, begrenzt Eingriffe in die Landschaft und die Natur und senkt die Abhängigkeit von Energieimporten. Daher werden wir den Grundsatz „Efficiency First“ in der Energiepolitik und -infrastrukturplanung des Landes verankern.
- Subventionen für die Energiewende müssen vergleichbar sein und kontinuierlich abgebaut werden. Langfristig muss sie ohne finanzielle Unterstützung am Markt bestehen. Energie, für die im Versorgungssystem kein Bedarf besteht, soll nicht vergütet werden.
- Die Gewinnung und Nutzung der Erneuerbaren Energien ist durch intelligente Steuerung aufeinander abzustimmen.
- Wir befürworten einen weiteren Ausbau von Windenergieanlagen an Land und auf See. Besonders im sogenannten Repowering liegen noch zu nutzende Potenziale, ohne weitere Flächen verbrauchen zu müssen. Wir treten für eine maßvolle Erhöhung der gesetzlichen Ausbaupfade ein.
- Wir werden die Rahmenbedingungen für Energiespeicher verbessern. Es ist nicht hinnehmbar, dass Pumpspeicherkraftwerke, Batteriespeicher, Power-to-Gas- und Power-to-Heat-Anlagen mit Letztverbraucherabgaben und weiteren Entgelten belastet werden.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass Höchstspannungsleitungen möglichst parallel zu bestehenden Infrastrukturen verlegt werden. In der Nähe von Wohnbebauung sind sie möglichst unterirdisch zu führen.
- Wir fordern für Stromtrassen eine faire Entschädigungsregelung für betroffene Grundstückseigentümer.

Für eine erfolgreiche Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft

Die niedersächsische Agrar- und Ernährungswirtschaft ist unser wichtigster Wirtschaftszweig nach der Fahrzeugindustrie. Die Rahmenbedingungen müssen es den Landwirten ermöglichen, wirtschaftlich zu arbeiten und mit ihrem Beruf sich und ihre Familie zu ernähren.

Wir stehen für eine Politik, die Landwirte für die erbrachten Leistungen wertschätzt aber auch den Erwartungen der Verbraucher an einen zeitgemäßen Umwelt-, Tier- und Naturschutz Rechnung trägt. Wir stehen für eine vorurteilsfreie Erzeugung von Lebensmitteln – sei es in ökologischer oder konventioneller Erzeugung.

Jeder Landwirt soll wieder Vertrauen in die Landesregierung und ihre ordnungsrechtlichen Vorgaben haben.

- Jeder neuen Gesetzesinitiative und Regelung soll eine Folgenabschätzung für die wirtschaftliche Praxis vorangehen.
- Bei rechtlich notwendigen neuen Vorgaben für Ställe oder Tierhaltungen werden wir Rücksicht auf die Abschreibungszeit von Investitionen nehmen.
- Wir planen einen Bestandsschutz für ihre Dauer und eine Vereinfachung des Baurechts bei Umbauten im Bestand.
- Jeder moderne Stall erhöht die wirtschaftliche Effizienz des Betriebs und ist zugleich ein Zugewinn an Tierwohl. Wir setzen uns daher für das privilegierte Bauen und Umbauen landwirtschaftlicher Stallanlagen im Außenbereich ein.

- Neu-, Um- und Erweiterungsbauten von Ställen, die höchsten Tierwohlstandards genügen und die zugleich die Emissionen und die Immissionsbelastung der Umwelt deutlich reduzieren, sollen einfacher genehmigt werden können.
- Wir werden die Gebühren für anlasslose Kontrollen in der Land- und Ernährungswirtschaft, die im öffentlichen Interesse liegen und zu keinen wesentlichen Beanstandungen geführt haben, wieder abschaffen.
- Wir werden das Agrarinvestitionsförderprogramm (AFP) auf den Stand vor 2013 anheben.
- Wir werden die Programme zur Verbesserung des Wirtschaftswegebbaus besser ausstatten und die Kommunen beim Ausbau unterstützen.
- Für einen gelingenden Generationswechsel verteidigen wir das landwirtschaftliche Sondererbrecht, insbesondere über die Höfeordnung.
- Wir werden Imagekampagnen für die Landwirtschaft finanziell fördern.
- Wir werden ein Junglandwirte-Förderungsprogramm auf den Weg bringen.

Landwirtschaftliche Betriebe haben mit Aufzeichnungs- und Dokumentationspflichten zu kämpfen.

- Wir werden den Berichts- und Kontrollaufwand auf ein Minimum begrenzen.
- Wir werden Stichtagsmeldevorgaben so weit wie möglich auf einen angemessenen Zeitraum konzentrieren.

Die Land- und Ernährungswirtschaft muss im internationalen Wettbewerb bestehen können.

- Neben Nahrungsmitteln ist Know-how der niedersächsischen Land- und Ernährungswirtschaft im Ausland gefragt. Daher sprechen wir uns im Rahmen von Freihandelsabkommen für verbindliche Standards und faire Wettbewerbsbedingungen aus.
- Die Landwirtschaft ist auf den Export ihrer Produkte angewiesen. Um neue ausländische Märkte erschließen zu können, werden wir die Außenwirtschaftsförderung vorantreiben.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Mittel für die europäische Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) stabil bleiben.
- Wir lehnen das sogenannte Greening in seiner jetzigen Form ab. Unser Ansatz ist: Weniger Fläche aus der Bewirtschaftung nehmen, diese aber effizient gestalten.

Die artgerechte Haltung der Tiere ist elementarer Bestandteil der Arbeit und Ausbildung auf den Höfen in Niedersachsen.

- Um das Tierwohl weiter zu verbessern, werden wir Forschung und Entwicklung von neuen, modernen Tierhaltungssystemen finanziell fördern.
- Wir werden die Erkenntnisse des Tierschutzplans Niedersachsen ergebnisoffen weiterentwickeln, um weitere Verbesserungen des Tierschutzes vereinbaren zu können, ohne tierhaltende Betriebe finanziell und organisatorisch zu überfordern.
- Wir appellieren an die Marktteilnehmer, Initiativen für mehr Tierwohl zu unterstützen.

Die bei uns produzierten Lebensmittel sind qualitativ hochwertig. Das garantieren die gesetzlichen Vorgaben, Kontrollen und die Sachkunde der Landwirte und Verarbeiter.

- Wir setzen uns für Transparenz bei der Herstellung von Lebensmitteln innerhalb der gesamten Produktionskette ein.
- Wir werden „Made in Niedersachsen“ als Qualitätssiegel für Nahrungsmittel etablieren. Diese Produkte sollen für den Verbraucher auf den ersten Blick, erkennbar mit der Niedersachsenflagge gekennzeichnet werden dürfen.
- Wir werden mit den Landfrauenverbänden das Thema Wertschätzung von Lebensmitteln an die Schulen bringen. Schülerinnen und Schüler sollen unmittelbar Erfahrungen mit der

Erzeugung und der Weiterverarbeitung von Lebensmitteln sammeln können. Im Rahmen eines Aktionsplans werden wir gegen Lebensmittelverschwendung vorgehen.

- Wir werden das Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit in Oldenburg als zentrale Kontrolleinrichtung erhalten. Dezentral setzen wir auf eine vernetzte Zusammenarbeit mit den Veterinär- und Lebensmittelbehörden der Landkreise.
- Wir werden die Milcherzeuger und die Molkereien im Wettbewerb unterstützen. In Krisenzeiten bedarf es einer Marktintervention, die Dumpingpreise verhindert, und ggf. eines flankierenden Bürgerschaftsprogramms des Landes.

Grund und Boden sollen im Eigentum ortsansässiger Landwirtschaftsfamilien bleiben.

- Wir setzen uns für einen ermäßigten Grunderwerbssteuersatz für aktive Landwirte ein.
- Wir wollen den Verlust von landwirtschaftlichen Nutzflächen durch Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen eindämmen. Dafür sollen die finanzielle Kompensation und der Ersatz in produktionsintegrierte Bewirtschaftung oder qualitative Aufwertung von bestehenden Schutzgebieten möglich werden.
- Wir wollen Ersatzgeldzahlung als gleichwertige Alternative zu Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen einführen. Die Kompensationszahlungen müssen vollständig naturschutzfachlichen Zielen dienen.

Die Landwirtschaft leistet ihren Beitrag zum Erreichen der Klima- und Umweltschutzziele.

- Mit Beratung und Kontrolle der Vorgaben aus dem Düngerecht werden wir dafür Sorge tragen, dass sich die Qualität von Grund und Trinkwasser verbessert. Wir werden Projekte zur Weiterentwicklung der bedarfsgerechten Düngung und zur Schließung sinnvoller Nährstoffkreisläufe fördern.
- Wir werden den erfolgreichen kooperativen Gewässerschutz ausbauen und die Ausweitung der freiwilligen Maßnahmen der landwirtschaftlichen Betriebe verfolgen.
- Wir werden uns bei der Fortschreibung der GAP für attraktive, bürokratiearme Agrarumweltprogramme zur Verbesserung der Artenvielfalt einsetzen.
- Wir werden ein Förderprogramm von extensivem Grünland schaffen, damit in Niedersachsen eine wirtschaftlich auskömmliche Weidetierhaltung möglich bleibt.
- Wir brauchen praxistaugliche Immissionsregelungen in unseren Dörfern. Bauliche Entwicklung muss sowohl für ortsansässige junge Familien als auch Landwirte möglich sein.

Unser Ziel ist eine flächendeckende, ökologisch und ökonomisch nachhaltige sowie multifunktionale Forstwirtschaft. Niedersachsens Wälder erbringen mit dem Rohstoff Holz die Grundlage für zahlreiche Betriebe und Arbeitsplätze entlang der Wertschöpfungskette.

Die Fischerei an der Küste und im Binnenland ist eine der ältesten Wirtschaftsformen und gehört zu unserem Kulturgut. Wir setzen uns dafür ein, die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Fischerei zu sichern und auszubauen. Es ist hierzu notwendig, die bestehenden Betriebe zu erhalten und für die Zukunft Rahmenbedingungen zu schaffen sowie die nachhaltige Fischerei und Teichwirtschaft/Aquakultur weiter zu fördern.

4. Lebenswertes Niedersachsen in Stadt und Land

Für leistungsstarke Kommunen

Die Städte, Gemeinden und Landkreise sind die Keimzellen unseres Landes. Nur wenn es den Kommunen gut geht, geht es dem Land gut.

- Die Kommunen benötigen Kontinuität an ihrer Spitze. Wir werden daher die Amtszeit der Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten wieder auf acht Jahre verlängern.

- Die Wiedereinführung der Stichwahl hat die demokratische Legitimation eher verringert als erhöht. Wir werden sie daher wieder abschaffen.
- Wir werden die Ämter für regionale Landesentwicklung zu acht Innovationszentren in Niedersachsen weiterentwickeln. Sie sollen auch künftig den Kommunen und Unternehmen als kompetente Beratungsinstanz zur Verfügung stehen.
- Wir wollen, dass künftig jeder mehr Verwaltungsvorgänge online erledigen und sich so Behördengänge sparen kann. Das senkt auch Kosten für die öffentliche Hand.
- Die Größe einer Verwaltungseinheit ist nicht das alleinige Kriterium für ihre Leistungsfähigkeit. Wir lehnen daher eine Gebietsreform von oben ab.

Unsere Städte, Gemeinden und Kreise müssen finanziell leistungsfähig sein.

- Um die Finanzausstattung der Kommunen zu stärken, werden wir die Steuerverbundquote im Kommunalen Finanzausgleich auf 16,09 Prozent anheben. Damit stellen wir den Kommunen zusätzliche Mittel in Höhe von bis zu 200 Mio. Euro jährlich zur Verfügung.
- Wir werden Mittel, die der Bund ausschließlich zur Stärkung der Kommunen zur Verfügung stellt, in voller Höhe weiterleiten.
- Kommunen sollen wichtige Infrastrukturprojekte in eigener Verantwortung und mit voller Kostenerstattung bei erfolgreicher Umsetzung planen können.
- Wir werden mit den Kommunalen Spitzenverbänden ein Konnexitätsausführungsgesetz auf den Weg bringen.
- Wir bekennen uns zur Gewerbe- und zur Grundsteuer als maßgebliche kommunale Einnahmequellen.

Viele Kommunen sind nicht in der Lage, einen Haushaltsausgleich zu erreichen und haben hohe Kassenkredite aufgetürmt.

- Wir werden gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden Lösungen für die Altschuldenproblematik erarbeiten.
- Der Bürokratie-TÜV wird alle den Kommunen übertragenen Aufgaben auf ihre Notwendigkeit sowie auf die Aufgabenverringerung hin überprüfen.
- Wir werden mit den niedersächsischen Kommunen eine neue Zukunftspartnerschaft schließen. Land und kommunale Familie müssen gemeinsam und zu gleichen Teilen finanzielle Anstrengungen für die notleidenden niedersächsischen Kommunen erbringen.

Die Kommunen leisten einen ganz wesentlichen Teil bei der Aufnahme und Unterbringung sowie der Integration, aber auch bei der Rückführung von Flüchtlingen in ihre Herkunftsländer.

- Wir werden den Kommunen die für die Unterbringung von Flüchtlingen nach dem Aufnahmegesetz erforderlichen und angemessenen Kosten im Rahmen einer den tatsächlichen Belastungen entsprechenden Pauschale erstatten. Wir werden sie angemessen an der vom Bund gezahlten Integrationspauschale beteiligen und ihnen bei der Verwendung der Mittel für kommunale Integrationsmaßnahmen freie Hand lassen.
- Wir stellen sicher, dass den Kommunen künftig nur noch Asylbewerber zugewiesen werden, die eine tatsächliche Bleibeperspektive haben und einen Schutzanspruch geltend machen können.
- Wir werden gemeinsam mit dem Bund und den Kommunen präventiv tragfähige Konzepte für den Familiennachzug entwickeln.

Für stabile Sozial-, Gesundheits- und Pflegesysteme

Die CDU steht für ein soziales Niedersachsen, in dem alle Menschen selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

- Wir wollen, dass Familien wohnortnah vielfältige, familienunterstützende Angebote erhalten, die ihren Bedürfnissen und Bedarfen gerecht werden.
- Wir wollen ein Gesetz zur gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen verabschieden und den niedersächsischen Aktionsplan Inklusion fortentwickeln.
- Wir wollen Werkstätten für Menschen mit Behinderung (WfbM) im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention weiterentwickeln.

Alle müssen am medizinischen Fortschritt teilhaben und Zugang zu Spitzenmedizin haben.

- Wir werden ein landesweites Konzept „Gesundheitsversorgung 2030“ zur Sicherstellung der medizinischen und pflegerischen Versorgung entwickeln.
- Wir werden ein digitales Versorgungssystem aufbauen, bei dem medizinisches Fachpersonal Hausbesuche erledigt und elementare Gesundheitsdaten erhebt und zur Kontrolle an die Hausärztinnen und -ärzte übermittelt.
- Wir werden den Investitionsstau bei den Krankenhäusern in Niedersachsen abbauen und neuen verhindern. Daher werden wir das Fördervolumen des Landes für die Einzelförderung von Krankenhäusern von 120 auf 200 Mio. Euro pro Jahr erhöhen. Zu diesem Zweck werden wir einen Krankenhausfinanzierungsfonds schaffen.
- Mit einem Landesprogramm Krankenhaushygiene werden wir die Entwicklung neuer Ansätze zur Eindämmung von MRSA-Keimen unterstützen.
- Wir befürworten eine Entscheidungspflicht zur Option der Organspende. Jeder muss frei entscheiden können, ob er Spender sein möchte.
- Wir bekennen uns zu den Standorten der niedersächsischen Hochschulmedizin. Bis die zugesagten Investitionen an den Universitätskliniken in Hannover und Göttingen umgesetzt sind, werden wir mit ihnen Konzepte für die Übergangszeit entwickeln.
- Durch einen flächendeckenden und länderübergreifenden Ausbau der Telemedizin entlasten wir das Gesundheitssystem.

Niedersachsen braucht überall eine gute ärztliche und pharmazeutische Versorgung.

- Wir werden die Anzahl der Studienplätze im Fach Medizin ausbauen. Wir werden jungen Menschen unabhängig von den Anforderungen beim Numerus clausus die Möglichkeit zum Medizinstudium eröffnen. Gemeinsam mit den Hochschulen werden wir ein Konzept für die zeitgemäße Anpassung des Medizinstudiums entwickeln.
- Wir werden ein Anreizprogramm für die Ansiedlung von Hausärzten im ländlichen Raum entwickeln.
- Wir setzen uns für den Erhalt einer ausreichenden fachärztlichen Versorgung in der Fläche durch eine angemessene Finanzierung auch der kleinen Fachgebiete ein.
- Wir werden die Hebammenversorgung in Krankenhäusern unter Berücksichtigung des Versorgungsbedarfs weiterentwickeln. Ebenso werden wir uns dafür einsetzen, dass der Gruppenversicherungsvertrag für Hebammen dauerhaft gesichert wird.
- Neben der wohnortnahen ambulanten ärztlichen Versorgung ist eine verlässliche Versorgung mit Arzneimitteln und eine qualifizierte Beratung durch Apotheker vor Ort notwendig.

Pflege muss sich an den individuellen Bedürfnissen des Einzelnen ausrichten.

- Wir wollen, dass alle Menschen, die der Pflege bedürfen, so lange wie möglich in ihrer häuslichen Umgebung leben können. Es gilt der Grundsatz „ambulant vor stationär“.

- Wir wollen eine Verbesserung der Personalsituation erreichen – sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich. Dazu gehört die Anerkennung der tariflichen Bezahlung bei der Kalkulation der Entgelte für alle Pflegeleistungen.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass mit tariflichen Maßnahmen der Leistungswettbewerb zwischen den Pflegeeinrichtungen so gestaltet wird, dass nicht der günstigste Preis, sondern die Qualität der Leistung im Fokus steht.
- Wir werden die Pflegekammer in ihrer jetzigen Form auf den Prüfstand stellen. Zwangsmitgliedschaften und hohe Bußgelder bei Nichteintritt werden wir abschaffen.

Eine moderne Pflege benötigt qualifiziertes, motiviertes und ausreichendes Pflegepersonal.

- Wir werden uns dafür einsetzen, dass es in der Pflege weniger Hektik, weniger Dokumentationspflichten und mehr Zeit für das menschliche Miteinander gibt.
- Wir werden auch zukünftig häusliche Pflege ermöglichen. Zur Unterstützung der pflegenden Familienangehörigen werden wir den Ausbau der Angebote für Kurzzeit- und Verhinderungspflege unterstützen.
- Wir werden eine Imagekampagne für Pflegeberufe starten, um mehr junge Frauen und Männer für diesen wichtigen Beruf zu gewinnen.
- Wir werden mit einem beschleunigten Anerkennungsverfahren für ausländische Abschlüsse sowie mit Angeboten der Nachqualifizierung zu einem schnelleren Einsatz bereits ausgebildeter Fachkräfte kommen.

Für bezahlbare Wohnungen und Wohneigentum

Jeder in unserem Land muss eine bezahlbare Wohnung finden können. Wir sind gegen den unverhältnismäßigen Anstieg von Mieten und Immobilienpreisen.

- Niedersachsen braucht eine deutliche Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus. Mit der sozialen Wohnraumförderung werden wir kinderreiche Familien, Menschen mit Behinderungen, alte Menschen, Studierende und Bewohner mit kleinen und mittleren Einkommen unterstützen.
- Wir werden die Vorschläge der Baukostensenkungskommission des Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen von Bund und Ländern aufgreifen, vor allem in Hinblick auf die Flexibilisierung von Baustandards.
- Mit Baukostenzuschüssen werden wir der privaten Wohnungswirtschaft Anreize geben.
- Wir wollen die Spekulationsfrist beim Immobilienverkauf spürbar reduzieren. Dies wird es Privatpersonen erleichtern, Wohnraum zu schaffen.
- Die Dorferneuerung ist ein Stück Lebensqualität für Wohnen und Leben im ländlichen Raum. Wir werden die bewährten Förderinstrumente ausbauen.
- Wir werden einen ermäßigten Steuersatz bei der Grunderwerbsteuer einführen, um jungen Familien mit Kindern den Einstieg in das Wohneigentum zu erleichtern.
- Wir werden ein Baukindergeld in Höhe von 5.000 Euro für das erste, zweite und dritte Kind bei Neubau selbstgenutzten Wohneigentums einführen.

Für Klima-, Umwelt- und Naturschutz mit Augenmaß

Für die CDU mit ihrem christlichen Wertefundament ist der Schutz von Natur, Umwelt und Klima ein zentrales Anliegen zur Bewahrung der Schöpfung.

- Wir treten für das Freiwilligkeitsprinzip ein und wollen dem Vertragsnaturschutz Vorrang einräumen. Zwangsmaßnahmen mit enteignungsgleichen Wirkungen lehnen wir grundsätzlich ab.
- Wir werden die Anzahl der Plätze des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) erhöhen.

- Wir werden uns für eine steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung einsetzen. Bei der energetischen Modernisierung öffentlicher Gebäude und Infrastruktur müssen Land und Kommunen eine Vorreiterrolle einnehmen.
- Für Lärm- und Klimaschutzziele sowie die Reduzierung der Luftschadstoffe werden wir den Anteil an Elektro-, Hybrid- und erdgasangetriebenen Bussen beim ÖPNV anheben.
- Niedersachsen ist als Küsten- und Agrarland vom Klimawandel besonders betroffen. Wir werden die Mittel für den Hochwasserschutz mindestens auf den Stand vor 2013 erhöhen und sicherstellen, dass diese voll ausgeschöpft werden.
- Der Prozess der Ausweisung von EU-Vogelschutzgebieten, von Flora-Fauna-Habitat-Gebieten, respektive der Natura-2000-Kulisse, ist aus unserer Sicht abgeschlossen.

Wasser, Boden und Luft sind natürliche Lebensgrundlagen, die es besonders zu schützen gilt.

- Wir setzen uns dafür ein, dass bei der Rohstoffgewinnung hohe Umweltauflagen streng befolgt sowie ökonomische und ökologische Interessen abgewogen werden.
- Sauberes Trinkwasser ohne technische Aufbereitung sollte auch in Zukunft die Regel bleiben. Unser Ziel ist eine sinkende Belastung des Grundwassers mit Nitraten.
- Wir werden einen Altlastenfonds schaffen, um Giftstoffe im Boden und in Gewässern zu beseitigen.

5. Was unser Land ausmacht

Für ein Niedersachsen im Herzen Europas

Im Vergleich von Fläche, Einwohnerzahl oder Wirtschaftskraft ist unser Bundesland stärker als mancher europäische Staat.

- Wir stehen für ein integriertes, aber subsidiär aufgebautes Europa. Die Europäische Union soll nur das regeln, was nicht national, föderal oder kommunal geregelt werden kann.
- Wir sind gegen die Vergemeinschaftung von Schulden durch Eurobonds oder Altschuldenfonds und stehen für eine dauerhaft stabile gemeinsame Währung.
- Wir werden die landeseigene Investitions- und Förderbank Niedersachsen (NBank) zur zentralen Ansprechpartnerin in allen Angelegenheiten der EU-Förderung machen.

Die EU-Förderung muss regional ausgerichtet sein.

- Wir setzen uns für eindeutige und nachvollziehbare Kriterien bei der Vergabe von Fördermitteln sowie für möglichst unbürokratische Antrags- und Nachweisverfahren ein.
- Eine Förderung allein nach Himmelsrichtung wird es mit uns nicht mehr geben. Wir werden jeden Landesteil Niedersachsens individuell und gleichberechtigt stärken.
- Wir wollen uns dafür einsetzen, dass in der EU-Förderperiode ab 2021 wieder verstärkt Wirtschaftsförderung stattfinden kann.
- Wir wollen mit dem bewährten Instrument der regionalisierten Teilbudgets eine dezentrale Strukturförderung durch die Landkreise und die kreisfreien Städte wieder etablieren.

Für ein starkes Ehrenamt

Bürgerschaftliches Engagement ist ein Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Es ist gelebte Solidarität.

- Wir werden einen Ehrenamtskoordinator einsetzen, der für die bürgerschaftlich Tätigen Projekte initiiert und ihr erster Ansprechpartner ist.
- Mit einer landesweiten Werbekampagne werden wir für das Ehrenamt begeistern und für konkrete Möglichkeiten des Engagements werben.

- Wir werden den Erwerb der Jugendleiter-Card (Juleica) an den Schulen unter Beteiligung der Jugendverbände einführen.

Zahlreiche Rechtsvorschriften bestimmen direkt und indirekt das bürgerschaftliche Engagement.

- Ehrenamtliche Kräfte bei der freiwilligen Feuerwehr, den Rettungsdiensten, dem Technischen Hilfswerk und den Hilfsorganisationen benötigen eine optimale und für sie kostenfreie technische Ausstattung. Dazu gehören auch ein optimaler Kranken- und Unfallschutz für im Ehrenamt erlittene Schäden.
- Wir werden mit den Verbänden und Kommunen erörtern, wie Ehrenamtlichen entstandene Kosten unbürokratisch erstattet werden können.
- Wir werden die Ehrenamtskarte und die Sport-Ehrenamtskarte zu einem flächendeckenden System vereinen von dem alle ehrenamtlich Tätigen profitieren sollen.
- Wir wollen das Bildungsurlaubsgesetz evaluieren und Veränderungen zugunsten des Ehrenamtes vornehmen.
- Ehrenamtliches Engagement von künftigen Studierenden wollen wir bei der Wartezeit für einen Studienplatz anrechnen. Erworbene berufsfördernde oder fachliche Kompetenzen sollen mit Leistungspunkten im Bachelor-Studium anerkannt werden.

Für einen starken Sport und moderne Sportstätten

Sport eint, bildet, aktiviert, begeistert und integriert. Er trägt zur Ausbildung von Werten wie Toleranz, Fairness, Leistung, Verantwortung, Erkennen eigener Grenzen und Achtung anderer bei.

- Für uns sind intakte Sportstätten und Schwimmbäder, eine vielfältige und flächendeckende Sportinfrastruktur sowie eine bedarfsgerechte Förderung auf allen staatlichen Ebenen unabdingbar. Sie gehören nicht zu den freiwilligen Aufgaben, die bei einer Haushaltskonsolidierung zur Disposition stehen dürfen.
- Wir werden in der kommenden Legislaturperiode ein mehrjähriges Sanierungs- und Investitionsprogramm in Höhe von 100 Mio. Euro auflegen.
- Wir werden die Mittel für die Sportförderung erhöhen und entstandene Lücken schließen.
- Wir werden in der kommenden Legislaturperiode 500.000 Euro zur Förderung und Unterstützung von FSJ-Stellen im Sport zur Verfügung stellen.
- Um Kinder bereits in jungen Jahren für Bewegung und Sport zu begeistern, sprechen wir uns für eine enge Vernetzung der Sportvereine mit den Kindergärten und Schulen aus.
- Jedes Kind soll am Ende der zweiten Grundschulklasse schwimmen können.

Für Jagd und Angelsport ohne ideologische Diffamierung

Jagd und Angelsport sind jetzt und in Zukunft ein Garant für den Arten- und Naturschutz. Sie sind die größten anerkannten Naturschutzverbände in unserem Land. Wir schreiten gegen jede ideologische Diffamierung ein und setzen uns für ihre gesellschaftliche Akzeptanz ein.

- Die Jagd ist ein wichtiges Kulturgut und schützenswert. Wir bekennen uns zur Jagd und ihrer Rolle für den Natur- und Umweltschutz.
- Eine Verschärfung des im internationalen Vergleich ohnehin schon sehr restriktiven Waffenrechts lehnen wir ab. Eine zentrale Aufbewahrung von Waffen ist unter Sicherheitsgesichtspunkten kontraproduktiv.
- Wir werden sicherstellen, dass bei verdachtsunabhängigen Kontrollen zur Waffenaufbewahrung in privaten Wohnräumen das Land im Falle einer ordnungsgemäßen Aufbewahrung keine Gebühren mehr erhebt.
- Das niedersächsische Jagdgesetz hat sich bewährt. Eine grundlegende Novellierung ist aus unserer Sicht weder erforderlich noch beabsichtigt. Wir werden die Jagdzeitenverordnung kritisch überprüfen und ideologisch motivierte Regelungen überarbeiten.

- Wir werden den Wolf zwecks Regulierung der Population und zur Eingrenzung von Nutztierschäden in das Jagdrecht aufnehmen. Für vom Wolf verursachte Schäden kommt weiterhin das Land auf.
- Wir werden Herdenschutzmaßnahmen zum Schutz gegen Wolfsrisse praxistauglich weiterentwickeln, Förderobergrenzen und -inhalte aufheben bzw. ergänzen und die Regeln zur Beweislast vereinfachen.
- Wir stehen für einen restriktiven Umgang mit Wölfen, die sich artuntypisch verhalten, keine Scheu mehr zeigen und damit eine Gefahr für Menschen darstellen. In diesem Fall müssen sie auch geschossen werden.
- Wir erkennen die jahrzehntelange ehrenamtliche Arbeit der organisierten Angler Niedersachsens ausdrücklich an und sprechen uns gegen unangemessene Einschränkungen der Angelrechte an den Gewässern aus.

Für die Zusammenarbeit mit Kirchen und Religionsgemeinschaften

Wir stehen zur Religions- und Weltanschauungsfreiheit für alle gläubigen und auch nichtgläubigen Menschen. Wer in Niedersachsen lebt, muss die Werte des Grundgesetzes leben und achten.

- Wir bekennen uns zur Trennung von Kirche und Staat, dem Niedersachsenkonkordat, dem Loccumer Vertrag und den Verträgen mit dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden sowie dem Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden.
- Für vertragliche Vereinbarungen mit Religionsgemeinschaften sind die Anerkennung rechtsstaatlicher Prinzipien, die Werte unseres Grundgesetzes sowie die Unabhängigkeit vom Einfluss der Regierungen anderer Staaten oder ihrer Behörden wesentliche Voraussetzungen.
- Wir werden sicherstellen, dass die staatliche Unterstützung kirchlicher Einrichtungen auf aktuellem Niveau bestehen bleibt.
- Wir garantieren den Erhalt des grundgesetzlich garantierten, konfessionell gebundenen Religionsunterrichts an staatlichen Schulen.
- Um eine von politischen Einflüssen aus dem Ausland unabhängige Glaubenslehre zu sichern, wollen wir mittel- bis langfristig erreichen, dass nur noch in Deutschland ausgebildete Imame in niedersächsischen Moscheen predigen.

Für gelingende Integration

Deutschland ist Zuwanderungs- und Integrationsland. Wir erwarten von allen, die zu uns kommen, dass sie die Werte des Grundgesetzes leben und achten: Dazu gehören die Gleichberechtigung von Frau und Mann, die Religionsfreiheit und Toleranz gegenüber Homosexualität. Vollverschleierung, Kinderehen und Zwangsverheiratung gehören nicht dazu.

- Alle Menschen, die dauerhaft bei uns wohnen, müssen die deutsche Sprache lernen. Sie müssen ihren und den Lebensunterhalt ihrer Familien selbst finanzieren und dürfen nicht dauerhaft auf staatliche Alimentierung angewiesen sein.
- Wir werden in einer „Niedersachsen-Strategie Integration“ formulieren, welche Schritte der Integration wir bei Spracherwerb, Erwerbstätigkeit, Kita- und Schulbesuch und auch Gesetzestreue für eine langfristige Bleibeperspektive erwarten.
- Der Besuch der Schule und des Sportunterrichts ist Pflicht für Jungen wie für Mädchen.
- Wir werden Problemviertel in Großstädten nicht aufgeben. Im Rahmen eines Sonderprogramms sollen zur Unterstützung Mittel für Sozialarbeiter sowie für eine angemessene Ausstattung mit Kindertagesstätten und Schulen bereitgestellt werden.
- Integrationsverweigerung muss sich negativ auf Aufenthaltsstatus und Zugang zu Sozialleistungen auswirken.

- Wir werden die Vollverschleierung in öffentlichen Gebäuden von Land und Kommunen rechtssicher verbieten.

Unser Grundsatz bei der Integration ist der Zweiklang aus „Fordern und Fördern“.

- Wir stehen für realistische und nicht für ideologische Lösungen. Daher müssen die Kommunen bei der Integration den Takt vorgeben. Das Land wird sie dabei unterstützen.
- Wir werden zeitnah eine Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge sowie Asyl- und subsidiär Schutzberechtigte mit Bleibeperspektive schaffen.
- Migrantenselbstorganisationen sind wichtige Partner in der Integration. Deshalb werden wir sie bei den strategischen Integrationsmaßnahmen einbinden und unterstützen.
- Wir werden die ehrenamtlich tätigen Integrationslotsen stärker unterstützen.

Wir wollen das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht mittels eines Generationenschnitts so weiterentwickeln, dass die Staatsbürgerschaft der Eltern bis höchstens zu deren Enkelkindern, somit bis zur dritten Generation, übertragen werden kann.


Für kulturelle Vielfalt

Kunst und Kultur sind ein Aushängeschild für unser Bundesland.

- Wir werden die Landeskultureinrichtungen unterstützen und fördern.
- Wir werden die Förderung der kommunalen, freien und der Amateurtheater verbessern und auf eine sichere Grundlage stellen.
- Wir werden ein Investitionsprogramm für kleine Museen und Kultureinrichtungen zur Verfügung stellen. Dabei wollen wir besonderes Augenmerk auf die Barrierefreiheit legen.
- Das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) Kultur wird ab dem nächsten Haushalt verstetigt.
- Wir werden das erfolgreiche Musikalisierungsprogramm „Wir machen die Musik!“ ausweiten und mit bereits bestehenden Musikförderprogrammen des Landes vernetzen.
- Wir werden den aktuellen Förderansatz für alle Landesfachverbände sowie die Landschaften und Landschaftsverbände stabil halten, die als regionale Kulturförderer wichtige Partner des Landes sind.

Unsere Heimatsprachen stiften den Menschen Identität.

- Wir werden die zahlreichen Aktivitäten des Landes in Schulen und Kindertagesstätten für den Erhalt und die Vermittlung der Regionalsprachen fortsetzen und ausbauen.
- Wir werden einen Plattdeutschplan entwickeln, mit dem der Schutz und die Entwicklung unserer Heimatsprachen entsprechend den Zielen der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen ausgebaut und umgesetzt wird. Darin wird auch die konkrete Einrichtung eines grundständigen Unterrichtsfaches Niederdeutsch abgebildet.



Herausgeber:
CDU in Niedersachsen
Hindenburgstraße 30
30175 Hannover
www.cdu-niedersachsen.de